

Unverkäufliche Leseprobe



Andreas Malycha, Peter Jochen Winters
Die SED
Geschichte einer deutschen Partei

480 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-59231-7

Einführung

Wenn Historiker nach den Merkmalen diktatorischer Herrschaft in Ostdeutschland fragen, spielt die organisationspolitische Entwicklung der SED merkwürdigerweise nur eine untergeordnete Rolle. Ausgerechnet die DDR-Staatspartei SED hat in der Forschung in den Jahren seit 1990 keine angemessene Aufmerksamkeit gefunden. Zumeist stehen die staatlichen Repressionsapparate wie das Ministerium für Staatssicherheit im Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn die totalitären Herrschaftsansprüche der Staatspartei und die Wirkungsbedingungen einer kommunistischen Diktatur untersucht werden. Um verstehen zu können, wie die SED ihre Herrschaft etablierte und ihre Machtansprüche in der Gesellschaft durchsetzte, muss man einen Blick in das Innenleben der Partei werfen. Im Mittelpunkt dieses Buches stehen deshalb Gründung, Entwicklung, Wandel und Niedergang einer ideologisch geprägten, diktatorisch handelnden politischen Partei, die im Ostteil Deutschlands unter Anleitung und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht zur alleinigen Herrschaft über die von ihr umgestaltete Gesellschaft und das von ihr etablierte Staatswesen aufstieg.

Das von der SED ausschließlich ideologisch begründete und beanspruchte Herrschaftsmonopol definierte die Stellung der Partei in der Gesellschaft. Eine verschwindende Minderheit von parteitreuen elitären Führungskräften, die politischen «Führungskader», entschied stets auf der Basis von Machtpolitik über den gesellschaftspolitischen Kurs und erhob den Anspruch, alle Gesellschaftsbereiche steuern und kontrollieren zu wollen. Wenngleich der Anspruch der Machtausübenden in der DDR auf totale Beherrschung der Gesellschaft in der gesellschaftlichen Praxis immer wieder mit historischen Kontinuitäten, notgedrungenem Pragmatismus und den unerwarteten Nebenfolgen diktatorischer Herrschaftspraktiken konfrontiert wurde und somit nie vollständig umgesetzt werden konnte, beeinflussten derartige Allmachtsansprüche das Schicksal von Millionen Menschen in Ostdeutschland. Dennoch kann die Stellung der SED in der Gesellschaft nicht schematisiert betrachtet werden: auf der einen Seite das unterdrückte Volk und auf der anderen die elitäre SED mit ihren totalitären Herrschaftsansprüchen. Es bleiben zumindest Fragen: War nicht diese Partei, der ja in ihren besten Zeiten immerhin über zwei Millionen Mitglieder, also fast jeder sechste DDR-Bürger, angehörten,

untrennbar mit der Gesellschaft verbunden? Und hat sie nicht auch jenseits politischer und weltanschaulicher Indoktrination über ein Netz sozialer Beziehungen auf die Gesellschaft eingewirkt?

Unstrittig ist, dass die SED in ihrer über vierzigjährigen Herrschaft nie die Mehrheit des Volkes hinter sich bringen konnte. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren scheiterte die Partei damit, eine demokratische Legitimation für ihre Herrschaft aufzubauen. Die einzigen Wahlen mit konkurrierenden Parteienlisten fanden im Oktober 1946 in den ostdeutschen Ländern unter Besatzungsbedingungen statt. Die SED konnte zwar mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht und zweifelhafter Methoden den Wahlsieg davontragen, doch erreichte sie entgegen ihren eigenen Erwartungen keine absolute Mehrheit in den Landtagen. Den Wahlausgang vom Oktober 1946 betrachtete die SED-Führung als ein solches Warnsignal, dass sie sich nie wieder auf eine demokratische Wahl einließ. Sie stand vor allem in den ersten Nachkriegsjahren in dem Ruf, als «Russenpartei» die Interessen Moskaus gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung zu vertreten. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Versorgungs- und Ernährungslage in der Nachkriegszeit und der chronischen Engpässe der späteren Jahrzehnte wäre die SED in einer wirklich demokratischen Wahl ohnehin chancenlos gewesen. Somit stand ab 1950 nur noch die Einheitsliste der «Nationalen Front» zur Abstimmung, die die wirkliche Stimmungslage in der Bevölkerung nicht annähernd widerspiegelte.

Kaum zu bestreiten ist auch, dass die Mitglieder der SED einen verschwindend geringen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Partei und Gesellschaft hatten. Und dennoch: Die SED war kein homogenes, sondern ein lebendiges und vielgestaltiges Gefüge von Menschen, die als Parteimitglieder und zugleich als Individuen in verschiedenen gesellschaftlichen Bezügen handeln mussten und die daraus erwachsenden Widersprüche selten auflösen konnten. Die SED stand seit ihrer Gründung vor einem Dilemma, das sie bis zu ihrem Ende im Jahr 1989 nicht zu bewältigen vermochte: Sie sollte nach den Vorstellungen ihrer kommunistischen Gründer wie eine elitäre Kaderpartei agieren und wurde dementsprechend geleitet. Jedoch besaß sie in ihren über zwei Millionen Mitgliedern eine überaus heterogene Basis, in der unterschiedliche Motivationen, Auffassungen und Verhaltensweisen wirkten. Auf diese Weise war sie vom Charakter her sowohl Massenpartei als auch Kaderpartei. Dass die SED eben nicht ausschließlich ein Instrument ihrer Führung war, zeigte sich besonders auffallend, als sie im November/Dezember 1989 zerfiel. Das war eben jener Zeitpunkt, als die Führung den Rückhalt nicht nur in der Gesellschaft endgültig und umfassend, sondern auch in der Parteibasis ver-

loren hatte und diese Basis innerhalb weniger Monate wieder ganz in dieser Gesellschaft aufging.

Die SED blieb, wollte sie Massenpartei sein und bleiben, über ihre Mitglieder und deren Familienangehörigen auf vielfältige Weise mit der Gesellschaft verbunden. Eine gänzliche Isolation der Parteibasis von der Bevölkerung hat es nie gegeben. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich verstehen, warum die SED ihre fehlende demokratische Legitimation zum Teil kompensieren konnte. Hinzu kam, dass die Propaganda der SED für eine bestimmte Zeit die Vorstellungswelt, das Lebensgefühl und das Weltbild großer Teile der Bevölkerung beeinflussen konnte. Zu nennen wäre beispielsweise der Begriff «wissenschaftlich-technische Revolution» in den sechziger Jahren, der in die politische Sprache übernommen wurde. Er suggerierte den Menschen, die SED springe rechtzeitig auf den Zug des technischen Fortschritts auf. Obgleich die DDR den tatsächlichen Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in keiner Weise gewachsen war, blieb diese Suggestion lange Zeit nicht ohne Wirkung. Die zuletzt propagierte Losung vom Sozialismus in den Farben der DDR war dagegen nur noch Ausdruck der völligen Hilflosigkeit gegenüber den in der Gesellschaft aufgestauten Problemen.

Für viele Mitglieder, selbst für Funktionäre der Partei auf Kreis- und Bezirksebene, war ab Mitte der achtziger Jahre kaum zu übersehen, dass die Politik der Honecker-Führung in die Sackgasse führen würde. Doch das Politbüro konnte bis zum Zusammenbruch seines Machtsystems fernab vom Volk und von der gesellschaftlichen Realität bis zum Herbst 1989 herrschen, weil unter den echten und vermeintlichen Zwängen zur Anpassung als Überlebensstrategie zu viele Rückgrate verbogen oder gebrochen wurden, weil zu viele Mitglieder sich privat anders äußerten als im öffentlichen Raum – in den Institutionen, Organisationen, im Betrieb. Auf diese Weise entstand auch ein von Konformität geprägtes, fast kleinbürgerliches Milieu, in dem sich eine Mehrheit mit den Verhältnissen arrangiert hatte und in dem einerseits Stolz auf das materiell-sozial Erreichte und andererseits Ungewissheit über die von der Führungsriege proklamierte sozialistisch-kommunistische Perspektive herrschte.

Die Frage, welche Resonanz die SED im Volk in den mehr als vierzig Jahren ihrer Herrschaft tatsächlich hatte, ist mit knappen Formeln nicht hinreichend zu beantworten. Lange Zeit hat das propagandistische Versprechen, für ein besseres Leben in Wohlstand und Frieden zu sorgen, gerade bei der kriegserfahrenen Generation erhebliche Wirkung hinterlassen. Ein Leben in einer Gesellschaft ohne materielle Not und ohne Arbeitslosigkeit schien jenen erstrebenswert, die die bitteren Erfahrungen von

Wirtschaftskrise, Krieg und Vertreibung durchlebt hatten. So ließen hohe Erwartungen an künftige Lebensperspektiven eine begrenzte Loyalität gegenüber der Alleinherrschaft der SED entstehen. Die politische Entmündigung der Bevölkerung war der Preis für die versprochene soziale Sicherheit, den viele allerdings weniger freiwillig als vielmehr angesichts des ständig wachsenden Repressionsapparates zahlen mussten.

Zweifellos kann der Aufstand vom 17. Juni 1953, als große Teile des Volkes gegen die SED-Herrschaft rebellierte, als ein eindeutiges Signal für die fortgeschrittene Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der SED gedeutet werden. Der Juni-Aufstand hatte in der Bevölkerungsmehrheit vor allem das Bewusstsein dafür geschärft, dass die SED letzten Endes nur durch die Hilfe der Sowjetunion und ihrer in der DDR stationierten Militärmacht regieren konnte und sich dieser Zustand für längere Zeit auch nicht ändern würde. Diese allgemeine Erkenntnis verstärkte das Gefühl, sich anpassen und im System einrichten zu müssen, und hatte damit gravierende mentale Langzeitwirkungen – auch und gerade in der Mitgliedschaft der SED. Als mit dem Mauerbau 1961 die letzte Möglichkeit des legalen Ausweichens erlosch, musste jeder, der Karriere machen oder seine berufliche Position wenigstens bewahren wollte, zumindest schweigende Loyalität bekunden, sich einer von der SED gelenkten gesellschaftlichen Organisation wie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft anschließen oder gleich in eine der gleichgeschalteten Parteien – am besten aber in die SED – eintreten. Damit wurde die SED Karriereleiter und wichtigstes Instrument der sozialen Mobilität für einen Teil der Bevölkerung. Seit dem Mauerbau herrschte eine Mischung aus Mitwirkung und Distanz, aus eher symbolischer Teilnahme und Rückzug in private Nischen. So verfestigte sich die Vorstellung, begrenzte Freiheiten oder gar Freiräume erfolgreich verteidigen zu können.

Im Hinblick auf Wohlstand und Lebensglück wurde die Bevölkerung der DDR immer wieder auf die Zukunft vertröstet, da der versprochene wirtschaftliche Aufschwung in den ersten zwei Jahrzehnten der SED-Herrschaft auf sich warten ließ. Mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker an der Spitze der Partei im Mai 1971 verbanden sich dann noch einmal Hoffnungen auf günstigere Bedingungen für die Gestaltung persönlicher Lebensentwürfe. Insofern hatte der von Ministerpräsident Willi Stoph bei der Vorstellung des Volkswirtschaftsplanes im Dezember 1971 propagierte Slogan «Arbeite besser, wenn Du besser leben willst» durchaus Auswirkungen auf die Akzeptanz des angeblich neuen politischen Kurses. Diese Losung sollte ganz bewusst den Eindruck erwecken, bessere Arbeitsleistungen würden umgehend zu besseren Lebensumstän-

den führen. Doch die Menschen in der DDR blickten nicht nach Osten, sondern nach Westen und bezogen von dort ihre Vergleiche. Sie erkannten recht bald, dass auch mit Honecker westlicher Wohlstand und persönliche Lebensziele nicht erreicht werden konnten. Die von Honecker verkündete «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» war letztlich erfolglos, da zunehmend mehr verbraucht als erarbeitet wurde. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung jedoch nicht leisten, wenn sie die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit nicht aufs Spiel setzen wollte.

Nach bescheidenen Fortschritten in den ersten Jahren der Honecker-Ära konnten die unter dem Eindruck westdeutscher Konsumkultur gewachsenen Bedürfnisse nach materiellem Wohlstand nicht mehr befriedigt werden. Das Vertrauen der Bevölkerung war endgültig aufgebraucht, als klar wurde, dass die SED ihr Versprechen einer besseren Zukunft nicht einlösen konnte. Die in der DDR aufgewachsene Generation wollte sich nicht mehr wie ihre Mütter und Väter auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen. Bis weit in die Parteimitgliedschaft hinein war im Laufe der achtziger Jahre der Glaube an die Reformfähigkeit des Gesellschaftssystems in der DDR verloren gegangen. Deshalb war der Versuch der SED-Führung, unter dem Druck anhaltender Massenproteste, einer massiven Ausreisewelle und der unübersehbaren Zerfallserscheinungen der Partei nach Wegen zur Stabilisierung der Macht zu suchen, zum Scheitern verurteilt.

Dieses Buch rückt also eine Partei in den Mittelpunkt des Interesses, der es weder durch zaghafte Liberalisierungsversprechen und soziale Zugeständnisse noch durch Repressionen gelang, unter den Bedingungen der deutschen Teilung und der Attraktion westlicher Lebensweise nachhaltig Zustimmung oder gar Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die SED zerbrach an ihren eigenen Herrschaftsansprüchen, ihrer Reformunfähigkeit, gesellschaftlichen Systemfehlern und Widersprüchen, nicht zuletzt aber am Widerstand des Volkes. Letztlich konnte sie sich nicht mehr an der Macht halten, weil ihr auch die Unterstützung der KPdSU und der Sowjetunion entzogen wurde.

Die vorliegende Studie zeichnet die Veränderungen nach, welche die SED in Charakter und Struktur durchlief, eine Partei, die totalitäre Steuerungsansprüche stellte und über Jahrzehnte ein Machtmonopol in Staat, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ausübte. Die Autoren verfolgen nicht das Ziel, das Wirken der SED als Staatspartei in allen Politikfeldern darzustellen. Es geht vielmehr um ihr Innenleben und ihre gesellschaftspolitische Stellung. Beleuchtet werden Steuerungs- und Kontrollmechanis-

men, Machtrivalitäten und interne Führungskämpfe, das Zustandekommen von Kurswechseln sowie die Ursachen für den Niedergang der SED und ihren Zusammenbruch.

Selbstverständlich ist eine Geschichte der SED ohne die Beschreibung ihrer Abhängigkeiten und Verbindungen zur «Bruderpartei» KPdSU schwer vorstellbar. Darum wird es in der Darstellung der Frühphase in erster Linie um das Verhältnis zwischen der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht und die Rolle der Partei und Ostdeutschlands im Rahmen der Deutschlandpolitik Stalins gehen. Das in den Besatzungsjahren extrem ausgeprägte Unterordnungsverhältnis zwischen SED und sowjetischer Parteiführung lockerte sich zwar in den späteren Jahren, die Politik der SED-Führung blieb aber stets von Moskauer Grundsatzentscheidungen abhängig. Selbst in der Honecker-Ära war die SED-Politik eng an die geopolitisch-strategischen Planungen der Moskauer Führung gebunden, obgleich es zu dieser Zeit keine unmittelbare Einflussnahme auf interne Richtungskämpfe mehr gab, so wie dies noch in der Ulbricht-Ära praktiziert wurde. Bis zur Herrschaft Gorbatschows versuchte die sowjetische Führung, die Kontakte Honeckers zu Regierenden, Politikern und Wirtschaftlern in der Bundesrepublik zu kontrollieren, zu reglementieren oder zu unterbinden. So wird der Einfluss Moskauer Führungsentscheidungen auf die Gesellschaftspolitik der SED in dieser Darstellung ein angemessenes Gewicht erhalten.

Schließlich geht es um die Transformation der SED sowie ihre Einordnung in das parlamentarische System der Bundesrepublik im Rahmen einer offenen Parteienkonkurrenz in den neunziger Jahren. Zu behandeln wird die Frage sein, wie es der Partei gelang, sich im vereinten Deutschland ein politisches Überleben zu sichern. Denn ihre Geschichte endet nicht mit dem Zusammenbruch und der Umwandlung der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» in «Partei des Demokratischen Sozialismus» 1989/90. Sie reicht vielmehr durch ständige Konfrontation der Nachfolgepartei mit ihrem SED-Erbe (Programm, Personal, Finanzen, Geschichte) bis weit in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in denen sich die PDS – mit vergeblich angestrebter Westausdehnung – als durch Wahlen bestätigte ostdeutsche Regionalpartei behaupten konnte. Das Buch endet nach der Vereinigung von PDS/Linkspartei und WASG zur Partei «Die Linke» (2007) im Jahre 2008.

Die beiden Autoren haben die Darstellung der Geschichte der SED in chronologischer Hinsicht unter sich aufgeteilt: Andreas Malycha analysiert die Ulbricht-Ära von 1945/46 bis zum Machtwechsel im Jahre 1971. Peter Jochen Winters beschreibt die Honecker-Ära bis zum Herbst 1989

sowie die anschließende Transformation der SED und die Anpassung der Partei an die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Bundesrepublik. Die Verfasser haben sowohl im Stil als auch in der Beschreibung der historischen Ereignisse eine teilweise unterschiedliche Herangehensweise gewählt, die sich auch aus ihren jeweiligen biographischen Hintergründen erklärt. Gleichwohl betrachten beide Autoren die Verknüpfung von ostdeutscher Binnensicht mit einer westdeutschen Außenperspektive als eine Möglichkeit, verschiedene Aspekte und Facetten der Geschichte der Staatspartei in ergänzender Form zu beleuchten.

© Verlag C.H.Beck

1. Die Gründung der SED | 1945/46

Die Gründung der SED im April 1946 gehört zu den historischen Schlüsselereignissen in der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SZB) und der DDR.¹ Denn es handelte sich dabei nicht einfach um eine Parteigründung, sondern gleichzeitig um eine wichtige politische Weichenstellung im Ostteil Deutschlands kurze Zeit nach dem Ende des verheerenden Weltkrieges. Bei der Neuausrichtung der politischen Koordinaten war die SPD im Osten Deutschlands in das politische Räderwerk sowohl der sowjetischen Besatzungsmacht als auch der deutschen Kommunisten geraten.

In der Ostzone agierten auf zentraler und lokaler Ebene sowjetische Besatzungsbehörden, die ihre politischen Ordnungsvorstellungen auf den von der Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands zu kopieren trachteten. Darin spielte die Sozialdemokratie keine Rolle, denn sie galt im Sinne der Lehren Lenins und Stalins als historisches Relikt, das es zu überwinden galt. Hätte die SPD im Osten nach ihrer Wiedergründung im Juni 1945 keinen solchen Massenzulauf bekommen, wie er im Herbst 1945 beobachtet werden konnte, so wäre für die KPD kein ernsthafter Konkurrent im Kampf um das Machtmonopol in der sowjetischen Zone entstanden. Doch die SPD entwickelte sich mit ihren über 400 000 Mitgliedern zum Jahresende 1945 zur mitgliederstärksten Partei im Osten, obwohl die Besatzungsmacht der KPD jede nur erdenkliche materielle Unterstützung zukommen ließ. Und eine starke Sozialdemokratie, noch dazu mit einem starken Partner im Westen, stand der Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells im Wege. So gab es für Kommunisten und sowjetische Besatzer nur einen Weg: Die politische Umarmung der SPD, ihre Vereinnahmung und die Bekämpfung ihrer Ideen.

Ein wesentlicher Aspekt darf dabei zweifellos nicht vergessen werden: Zum politischen Neuanfang gehörte im Frühjahr 1945 zunächst der erklärte Wille, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein neues Verhältnis zu finden, das sich deutlich von der scharfen Konfrontation der Weimarer Zeit abheben sollte. Auch in der Sozialdemokratie war die Bereitschaft zur Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung zunächst groß. Sozialdemokraten und Kommunisten besannen sich auf die gemeinsam erlittenen traumatischen Erfahrungen von Natio-

nalsozialismus und Krieg und beriefen sich gleichermaßen auf die Verpflichtung, aus der Niederlage der Demokratie von 1933 die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die weit verbreitete Sehnsucht nach einer wiedervereinigten Arbeiterbewegung verband sich jedoch mit unterschiedlichen Vorstellungen. Viele Sozialdemokraten hatten das Bild der Sozialdemokratie des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor Augen: ungeteilt, stark und der Demokratie verpflichtet. Die Kommunisten sahen die siegreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion als leuchtendes Vorbild. Sie war in ihren Augen die einzige politische Kraft auf der Welt, die den Kapitalismus, den sie für den Wegbereiter des Nationalsozialismus hielten, gestürzt und eine neue gesellschaftliche Ordnung errichtet hatte. Somit war bei aller Sympathie für eine Einheitspartei eine politische Trennlinie zwischen beiden Lagern deutlich sichtbar.

Die anfängliche Einheitseuphorie in der Sozialdemokratie schwand innerhalb weniger Monate. Die kurze Phase des hoffnungsvollen Aufbruchs vom Frühjahr 1945 war rasch vorbei, nachdem die meisten Sozialdemokraten das Ausmaß der Abhängigkeit der KPD von Moskauer Direktiven erkannt hatten und die privilegierte Behandlung der Kommunisten durch die Militäradministration unübersehbar geworden war. Ein Zusammenschluss beider Parteien war am Ende des Jahres 1945 in weite Ferne gerückt. Aus all den Stimmungsberichten, die auch die KPD-Führung mit größter Sorge zur Kenntnis nahm, konnte es nur eine Folgerung geben: Bei einer demokratischen Abstimmung wäre in der SPD kein mehrheitliches Votum für die sofortige Bildung einer Einheitspartei zu erreichen gewesen. Nur durch eine allumfassende propagandistische Kampagne der KPD, in der die Gegner der Einheitspartei als «Feinde der Arbeiterklasse» diffamiert wurden, sowie durch die Anwendung physischer und psychischer Gewalt sowjetischer Besatzungsoffiziere gegen einheitsunwillige Sozialdemokraten konnte die Gründung der SED vollzogen werden. Alles in allem kann von demokratischer Willensbildung während der Gründungsphase der Partei nicht einmal in Ansätzen die Rede sein.

Mit der Ausschaltung der ostdeutschen Sozialdemokratie durch die Bildung der Einheitspartei schied für die deutschen Kommunisten der wichtigste Konkurrent im Parteiensystem aus. Was Wilhelm Pieck im April 1944 im Moskauer Exil über den Zweck der Bildung einer Einheitspartei notiert hatte, war Realität geworden: «Einheit ist die Frage der SPD – sie wird dadurch ausgeschaltet.»² Mit der Gründung der SED wurden ein gravierender Einschnitt in das politische Leben und ein nachhaltiger Eingriff in die zunächst in den Grundströmungen wiederbelebte ostdeutsche Parteienlandschaft vollzogen.

1. Die Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Werden die historischen Vorgänge der ersten Nachkriegsmonate beschrieben, ist ein Blick auf die politischen Rahmenbedingungen, so wie sie sich nach der militärischen Besetzung Deutschlands im Mai 1945 entwickelt hatten, unumgänglich:³ Die Sowjetunion hatte mit dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)⁴ am 10. Juni 1945 in ihrem Besatzungsgebiet zunächst Ansätze eines traditionellen Parteiensystems wieder zugelassen. Stalin wollte damit gegenüber seinen westlichen Verbündeten glaubhaft machen, seine Politik im Osten Deutschlands laufe eben nicht auf eine Übertragung des Sowjetsystems hinaus. So bildeten sich im Juni 1945 in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin mit KPD und SPD zwei Parteien, die programmatisch, organisatorisch und personell in der Traditionslinie des deutschen Parteiensystems der Weimarer Republik standen. Alle zugelassenen Parteien, auch Christdemokraten (CDU) und Liberale (LDP), durften allerdings nur unter strenger Kontrolle und vielfältigen Auflagen der sowjetischen Besatzungsmacht tätig sein. Die Besatzungsoffiziere als alleinige Inhaber der Macht verfügten über weitreichende Zugriffsrechte auf das Organisationsleben der Parteien, indem sie deren Führungsmitglieder entweder bestätigten oder ablehnten.⁵

Lange Zeit stritten Historiker über die deutschlandpolitischen Absichten der Moskauer Führung.⁶ Wollte Stalin von Anbeginn an eine kommunistische Diktatur in der sowjetischen Zone installieren oder war er zu Kompromissen mit den Westalliierten bereit, um die Einheit Deutschlands zu erhalten? Eindeutige Antworten können auch angesichts neuer Aktenfunde in Moskauer Archiven noch nicht gegeben werden.⁷ Aus den russischen Archivquellen lassen sich bislang kaum definitive und umfassende Antworten hinsichtlich der tatsächlichen Absichten und Erwartungen des sowjetischen Partei- und Staatsführers, seiner Überlegungen und Konzepte sowie kurz- und langfristigen Ziele ableiten. So bietet die von bürokratischer Schwerfälligkeit und Vermittlungsproblemen begleitete sowjetische Politik gegenüber Deutschland keineswegs das Bild einer stringenten, an einem eindeutigen Konzept ausgerichteten, sondern eher das einer in sich widersprüchlichen Politik, die mehrere Optionen offenließ. Vieles deutet darauf hin, dass Stalin eine Neutralisierungsregelung anstrebte, die den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion gegenüber Deutschland Rechnung zu tragen hatte.

Insgesamt stand das politische System in der Ostzone vollständig unter der Kontrolle der Besatzungsmacht. SPD und KPD verfügten über keine wirklichen Handlungsoptionen, ihr Aktionsrahmen war von Anfang an erheblich eingeschränkt und verengte sich zunehmend. Die Vorstellungen der Moskauer Führung über die neue gesellschaftliche Ordnung im Osten Deutschlands ließen kaum politischen Spielraum für deutsche Politiker zu. In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnten auch deutsche Kommunisten nicht entscheidend mitreden, bestenfalls wurden sie angehört.⁸

Die Erlaubnis zur Bildung deutscher Parteien in der SBZ vom Juni 1945 wurde zu einem Zeitpunkt erteilt, an dem die anderen Besatzungsmächte den Deutschen noch keinerlei politische Aktivitäten im Rahmen von Parteien gestatten wollten. Die für Amerikaner, Briten und Franzosen überraschende Legalisierung des politischen Lebens war mithin ein Teil gesamtdeutscher Strategie der Sowjetunion, von der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin aus auf die Entstehung eines zentralen deutschen Parteiensystems prägenden Einfluss zu nehmen.⁹ Bei diesem Vorhaben ging die Besatzungsmacht von Vorstellungen über zentralisierte Parteien aus, die aber nicht den gegebenen Nachkriegsverhältnissen entsprachen. Typisch für das Jahr 1945 war eben die Regionalisierung und nicht die Zentralisation. Ferner spielte sicherlich eine Rolle, dass die sowjetische Besatzungsmacht mit der frühen Parteizulassung die KPD begünstigen wollte, die gegenüber den anderen Parteien einen programmatischen und organisationspolitischen Vorteil besaß. Hinzu kam das Motiv der Sowjetunion, vor dem Einrücken der westlichen Alliierten in Berlin im Juli 1945 politische Tatsachen schaffen zu wollen.

Als erste Partei trat am 11. Juni 1945 die KPD an die Öffentlichkeit. Die KPD hatte rein äußerlich grundlegende Schlussfolgerungen aus ihrer Negativhaltung zur Weimarer Republik gezogen und präsentierte sich in öffentlicher Selbstdarstellung als antifaschistische Aufbaupartei, als Partei, die engagiert den Aufbau einer antifaschistischen Gesellschaft vorantrieb. Sie wollte durch eine großzügige Aufnahmepraxis zu einer Arbeiterpartei mit Massencharakter werden.¹⁰ Der Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte den Sozialismus oder die Diktatur des Proletariats nicht als Ziel heraus, sondern visierte eine «parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk» an. Es sollte nach dem Krieg ein «ganz neuer Weg» beschritten und eine Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution herbeigeführt werden, womit eine umfassende Bodenreform als Lösung der «Agrarfrage» und die Enteignung der Schlüsselindustrien ins Auge gefasst wurden.¹¹ Mit der häufig gebrauchten Formel von der «antifaschistisch-demokratischen Umge-

staltung» gab die KPD-Führung zu erkennen, dass sie über eine in ihrer Perspektive nicht näher definierte Zwischenetappe zum Sozialismus gelangen wollte. In Anbetracht der materiellen und ideellen Ausgangslage in Deutschland nach dem Krieg sollten in dieser Zwischenetappe zunächst die Existenz des Privateigentums kleiner Unternehmer gesichert und die formalen bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln eingehalten werden.

Auch sprach die KPD-Führung im Juni 1945 davon, «daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands». ¹² Mit dieser Formulierung versuchte die KPD-Führung gegenüber den westlichen Alliierten und der deutschen Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, sie habe sich vom sowjetischen Sozialismusmodell verabschiedet. Trotz der Distanzierung von Diktatur und Sowjetsystem war bei der KPD kein echter Bruch mit dem Sowjetmodell zu erkennen. Sie richtete sich noch immer an den allgemeinen Leitlinien der kommunistischen Weltbewegung aus. Im Zentrum dieser Überlegungen für das politische System der nachfaschistischen Gesellschaften stand ein sozial wie politisch breites, von den kommunistischen Parteien geführtes Bündnis, das im marxistisch-leninistischen Jargon als Volksdemokratie bezeichnet wurde. ¹³ Um die Zustimmung oder zumindest Akzeptanz der Bevölkerung für das Konzept der Volksdemokratie zu gewinnen, sah sich die KPD gezwungen, sich formal vom sowjetischen Gesellschaftsmodell abzugrenzen und nationale Wege zum Sozialismus in Aussicht zu stellen. Keine der kommunistischen Parteien in Ost und West deklarierte die angestrebte Ordnung deutlich als Übergangsperiode zum Sozialismus sowjetischer Prägung, doch wurde von Anfang an daran gedacht, diese «antifaschistisch-demokratische Ordnung» über Zwischenetappen auf dieses Ziel hin zu entwickeln.

Gewiss war es das programmatische Ziel der aus dem Moskauer Exil zurückkehrenden Führungskader der KPD um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, in der SBZ/DDR eine kommunistische Diktatur sowjetischer Prägung zu etablieren; dies lässt sich aus den Nachkriegsplanungen ablesen, die sie während der Emigration entwickelt hatten. ¹⁴ Den Absichten deutscher und sowjetischer Kommunisten zur ungebrochenen Durchsetzung interner Pläne, Vorhaben und Konzeptionen standen allerdings die Beharrungskräfte tradierter Strukturen, Einstellungen, Mentalitäten und sozialer Milieus entgegen. Vor dem Hintergrund starker antisowjetischer Stimmungen in der Bevölkerung im Ergebnis erlebter Besatzungspraxis mussten die kommunistischen Nachkriegsplanungen modifiziert und den gesellschaftspolitischen Realitäten angepasst werden.

Die 16 Unterzeichner des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 waren nicht alle formell Mitglied dieses führenden Gremiums der Partei, sie unterzeichneten «im Auftrage». Als Körperschaft existierte das Zentralkomitee nur formal, es ist 1945/46 als solches nicht zusammengetreten. Die eigentliche Führung der Partei lag in den Händen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD.¹⁵ Das Sekretariat umfasste nach der Rückkehr Wilhelm Piecks aus dem Moskauer Exil nach Deutschland am 1. Juli folgende Personen: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Anton Ackermann.

Die KPD verfügte 1945 als einzige Partei über eine gesamtdeutsche Organisation mit einem kontinuierlich arbeitenden Führungsgremium in Berlin, das auch regelmäßige Verbindungen zu den Parteibezirken in den Westzonen Deutschlands unterhielt. Im September 1945 konnte die KPD ihren Reorganisations- und Konsolidierungsprozess weitestgehend abschließen. Sie hatte über ihre früheren Hochburgen in den Bezirken Berlin-Brandenburg und Halle-Merseburg hinaus mitgliederstarke Organisationen und im Vergleich zu anderen Parteien stabile hauptamtliche Apparate aufbauen können. In einigen Großstädten, so in Berlin, Leipzig, Dresden und Magdeburg, konnte die KPD ihre frühere Anhängerschaft schnell wieder an sich binden, ab dem Sommer 1945 gewann die Partei vor allem durch die Aufnahme bisher politisch nicht organisierter Antifaschisten rasch neue Mitglieder. Im August erreichte die KPD in der sowjetischen Zone annähernd jene Mitgliederzahl, die die früheren Bezirksorganisationen 1932/33 aufgewiesen hatten: 150 834. Nachdem in den westlichen Besatzungszonen Parteien zugelassen wurden – am 27. August in der amerikanischen, am 14. September in der britischen und am 13. Dezember 1945 in der französischen Zone – erzielte die KPD auch hier einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs. In den Westzonen verfügte die Partei am Ende des Jahre 1945 über 131 855 Mitglieder.¹⁶

Ab dem 13. Juni 1945 erschien die zentrale Parteizeitung «Deutsche Volkszeitung» in einer Auflage von zunächst 100 000 Exemplaren. Ab November wurde die Tageszeitung in einer Auflage von 400 000 Exemplaren herausgegeben.

Die deutsche Sozialdemokratie konnte angesichts der terroristischen Methoden Stalins in der Sowjetunion nicht sicher sein, unter welchen Bedingungen nichtkommunistische Politik in der sowjetischen Zone überhaupt möglich sein würde. Die sich in Berlin herausbildende Führung der SPD um Otto Grotewohl, Max Fechner, Gustav Dahrendorf und Erich Gniffke glaubte an reale Chancen, sozialdemokratische Politik auch unter sowjetischen Besatzungsbedingungen dauerhaft durchsetzen zu können.¹⁷

Charakteristisch für die Phase des Wiederaufbaus der sozialdemokratischen Parteiorganisationen waren einerseits der erklärte Wille zu einem politischen und konzeptionellen Neuanfang und die bewusste Distanzierung von der Politik der SPD in der Weimarer Zeit, andererseits die betonte Hinwendung zur sozialdemokratischen Parteitradition.¹⁸ Der Wiederaufbau der SPD ist maßgeblich von Funktionären vorangetrieben worden, die bereits vor 1933 der SPD angehört oder eine Funktion in ihr ausgeübt hatten.

Die Berliner Führung (Zentralausschuss) trat am 15. Juni 1945 mit einem programmatischen Aufruf an die Öffentlichkeit, mit dem sie «den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse»¹⁹ beginnen wollte. In dem Aufruf bezeichnete es der Zentralausschuss als «die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein: einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Republik». Er forderte «Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft».²⁰ Am 19. Juni 1945 konstituierte sich ein geschäftsführender Vorstand des Zentralausschusses, der sich in den folgenden Monaten als provisorische Führung nicht mehr nur für Berlin, sondern für die gesamte sowjetische Zone verantwortlich fühlte. Ihm gehörten an: Otto Grotewohl, Max Fechner, Erich W. Gniffke, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Richard Weimann und Fritz Neubecker. Für Neubecker kam im August 1945 August Karsten in den geschäftsführenden Vorstand.

In den traditionsreichen sozialdemokratischen Zentren wie Sachsen, Thüringen und in der Provinz Sachsen erreichte die SPD spätestens bis Ende 1945 die Stärke der Weimarer Zeit und überflügelte die KPD beträchtlich. Dies geschah in der Anfangszeit durch die Reorganisierung der alten Mitgliedschaft. Durch den Zustrom neuer und vor allem junger Mitglieder brachte es die SPD in der sowjetischen Zone im Oktober 1945 auf über 300 000 Mitglieder.

Die zentrale Tageszeitung der SPD «Das Volk» erschien ab 7. Juli 1945 in einer Auflage von 100 000 Stück. Bis Ende September konnte die Auflage schrittweise auf 165 000 gesteigert werden.

Nicht nur in Berlin, auch in den Ländern der sowjetischen Zone dominierte das Bedürfnis, ein neues Verhältnis zwischen KPD und SPD zu finden, das die erbitterten Grabenkämpfe in der Weimarer Zeit vergessen machen sollte. In den wieder gegründeten Ortsvereinen der SPD war die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit den Kommunisten zunächst kaum umstritten. Die als «antifaschistische Einheit» firmierende Zusammenarbeit sollte indes auf der völligen Selbstständigkeit und Gleichberech-

tigung der beiden Parteien beruhen und sich auf die brennenden Probleme der Tagespolitik beziehen. Auch die Idee der Einheitspartei war innerhalb der Mitgliederbasis populär, obwohl kaum ein Sozialdemokrat präzise Vorstellungen über die konkrete Gestalt einer einheitlichen Partei besaß. Einige führende Berliner Sozialdemokraten wie Gustav Dahrendorf und Max Fechner riefen unmittelbar nach dem Ende der Hitlerdiktatur sogar am lautesten nach der Einheit der Arbeiterparteien, sehr viel nachdrücklicher jedenfalls als die Kommunisten. So wollte Dahrendorf auf einer Zusammenkunft am 12. Juni 1945 im Berliner Stadthaus, auf der die KPD ihren Aufruf popularisierte, sogleich über eine Einheitspartei verhandeln und erklärte: «Die neue Sozialdemokratische Partei tritt lieber heute als morgen wieder ab zugunsten einer einigen und geschlossenen Bewegung aller Werktätigen.»²¹ Walter Ulbricht lehnte im Namen der KPD-Führung das Einheitsangebot mit dem Argument ab, dass vor einem organisatorischen Zusammenschluss erst eine «ideologische Klärung» unter den Mitgliedern beider Parteien erfolgen müsse.

Im Westen Deutschlands begann die Wiedergründung der SPD dagegen unter anderen Vorzeichen. In der britischen Besatzungszone stellte sich mit Kurt Schumacher ein sozialdemokratischer Politiker an die Spitze der SPD, der aus seiner Aversion gegen die Kommunisten kein Geheimnis machte und jegliche Vereinnahmungsversuche abwehrte. Bereits am 6. Mai 1945 hatte Schumacher vor sozialdemokratischen Funktionären in Hannover eine Einheitspartei mit den Kommunisten mit dem Argument abgelehnt, die KPD würde aufgrund ihrer engen politisch-ideologischen Bindungen an die Sowjetunion als Sachwalter sowjetischer Staatsinteressen in der deutschen Politik agieren. Im Sommer formulierte dann Schumacher mit seinen «Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren» eine programmatische Plattform, in der es ebenso nicht an Polemik gegenüber der KPD mangelte. Deren Bekenntnis zur Demokratie bewertete er als Lippenbekenntnis, das nicht viel Wert besitze und lediglich von kurzer Dauer sei. Das Prinzip der Diktatur, so analysierte Schumacher zutreffend, werde «als das höhere Prinzip für eine zukünftige Eventualität zurückgestellt».²² In der Aufbauphase der SPD steuerte er die Partei im Westen auf einem klaren antikommunistischen Abgrenzungskurs und hielt die politische Selbstbehauptung der Sozialdemokratie unter sowjetischen Besatzungsbedingungen für völlig undenkbar. So herrschte in der Berliner SPD-Zentrale die Gewissheit, dass mit Kurt Schumacher und der von ihm geführten SPD im Westen eine Einheitspartei auf keinen Fall zustande kommen würde.²³

Am 26. Juni 1945 begann mit einem Aufruf die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in der sowjetischen Zone.²⁴ Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs gehörten u. a. Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer. Am 5. Juli 1945 trat dann die Liberaldemokratische Partei (LDP) mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit, der u. a. die Unterschriften von Waldemar Koch, Wilhelm Külz und Eugen Schiffer trug.²⁵ Die Zulassung der christlichen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien folgte in nicht unerheblichem Maße den bündnispolitischen Intentionen der sowjetischen und der deutschen Kommunisten. Diese fanden ihren Niederschlag in den im Moskauer Exil der KPD formulierten Erwägungen über die Form der Zusammenarbeit antifaschistischer politischer Organisationen in Gestalt des «Blocks der kämpferischen Demokratie».²⁶ Als institutionalisierte Parteienkooperation sollte die Bezeichnung «Block» den politischen und organisatorischen Zusammenhalt jener symbolisieren, die sich als Gegner der Nationalsozialisten sahen und bereit waren, zusammen mit den Kommunisten die politische, wirtschaftliche und kulturelle Neugestaltung Deutschlands in Angriff zu nehmen. Die Bezugnahme auf die als negativ bewerteten Erfahrungen politischer Kämpfe in der Weimarer Republik spielte dabei eine herausragende Rolle.

Auch jene deutschen Politiker, die sich in christlicher, liberaler und sozialdemokratischer Tradition stehen sahen und sich an verschiedenen parteipolitischen Wiedergründungszirkeln in Berlin beteiligten, wollten das «Parteiengenzänk» von Weimar nicht wiederaufleben lassen. Die Zerstrittenheit und Parteienzersplitterung der Weimarer Republik bildeten ein zentrales zeitgenössisches Argument, warum alle vier zugelassenen Parteien am 14. Juli 1945 in Berlin den sogenannten Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bildeten. Blockausschüsse entstanden in der Folgezeit auch auf Landes- und Gemeindeebene. An der Spitze dieses zentralen Blocks stand ein am 27. Juli 1945 gebildeter Ausschuss, in der jede Partei fünf Vertreter zu den Beratungen entsandte und der auf das Prinzip der Einstimmigkeit festgelegt war. Die Beschlussfassung hatte «auf dem Wege der Vereinbarung», somit nicht durch Abstimmung zu erfolgen.²⁷

Mit dem Block und dem darin geltenden Einstimmigkeitsprinzip verbanden alle beteiligten Parteien unterschiedliche Zielsetzungen. SPD, CDU und LDP betrachteten die von der Besatzungsmacht geforderte Zusammenarbeit der Parteien als unumgängliche Notwendigkeit ihres politischen Wirkens. Das Prinzip der Einstimmigkeit schien Garantien zu bieten, dass gegen sie keine wichtigen gesellschaftspolitischen Entschei-

dungen getroffen oder sie von der KPD einfach übergangen werden könnten. In der Folgezeit wurden die nichtkommunistischen Vertreter des Blocks nicht nur mit tagespolitischen Entscheidungsvorlagen, sondern auch mit den gesellschaftspolitischen Umgestaltungsplänen der KPD-Führung konfrontiert.

Die KPD betrachtete in Fortführung der Tradition Lenins und Stalins die Politik mit den bürgerlichen Parteien als Bündnispolitik, in der sie eine führende Rolle beanspruchte. Da die KPD kaum mit Mehrheiten in der Bevölkerung rechnen konnte, brauchte sie für ihre strategischen Zielsetzungen die Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager. Mit der Gründung des Blocks verband deshalb die KPD vor allem die Absicht, die nichtkommunistischen Parteien der kommunistischen Führungsrolle zu unterstellen und die Massenorganisationen zu sogenannten Transmissionsriemen, zu Vermittlern kommunistischer Politik, zu verwandeln. Mit dem Einstimmigkeitsprinzip war eine Koalition ohne oder gegen die KPD ausgeschlossen. Der Block entwickelte sich in den Jahren von 1945 bis 1949 zu einem wichtigen Instrument der Kommunisten zur Beherrschung und Gleichschaltung des Parteiensystems.

Ein weitreichender Eingriff in die Veränderung des Parteiensystems vollzog sich schließlich einige Jahre später durch die Gründung zweier neuer, nach außen hin nichtkommunistischer Parteien. Mit der Gründung der National-Demokratischen Partei (NDPD)²⁸ und der Demokratischen Bauernpartei (DBD)²⁹ im Sommer/Herbst 1948 war eine Schwächung von CDU und LDP beabsichtigt. Die neugegründeten Parteien erkannten den Führungsanspruch, den die (im April 1946 aus KPD und SPD hervorgegangene) SED für sich beanspruchte, im Block vorbehaltlos an. Beide Parteien waren zwar formal selbstständig, agierten aber de facto als Organe der SED. Die Aufnahme der DBD in den Block am 5. August und der NDPD am 7. September 1948 führte perspektivisch zu einer Kräftezer-splitterung im bürgerlichen Lager. Damit war nun eindeutig die Vorherrschaft der SED im Block garantiert, da auch die führenden Vertreter der Gewerkschaft (FDGB), die nun ebenfalls Aufnahme in den Block fanden, überwiegend aus der SED kamen.

Die praktische Einbindung aller Parteien und politischen Organisationen in das kommunistische Gesellschaftskonzept der «Volksdemokratie», in der bürgerliche Politik ausschließlich als Objekt kommunistischer Bündnispolitik stattfindet, erreichte im Laufe der ersten Nachkriegsjahre eine neue Stufe. Bis zum Ende der vierziger Jahre bildete sich das für die Herrschaftssicherung der SED charakteristische politische System heraus, in dem die nichtkommunistischen Parteien gemeinsam mit den

Massenorganisationen vor allem als «Transmissionsriemen» der SED-Politik wirkten.

[...]